



Datum: 14.12.2017

Teilrevision des MWSTG sowie Steuersatzsenkung per 1. Januar 2018

Wesentliche Auswirkungen auf Vorsorgeeinrichtungen

Die Mehrwertsteuer (MWST) wird von den Vorsorgeeinrichtungen im ordentlichen Geschäftsverlauf einzig als Kostenfaktor wahrgenommen. Auf den Beginn des nächsten Jahrs treten jedoch wesentliche Änderungen in Kraft, die für die Vorsorgeeinrichtungen eine steuerliche Entlastung bringen.

IN KÜRZE

Für Vorsorgeeinrichtungen lohnt es sich, die gesetzlichen Neuerungen als Anlass zu nehmen für eine Standortbestimmung in Sachen Mehrwertsteuer.

einander ausgedehnt.

Steuersatzsenkung

Die Reform Altersvorsorge 2020 wurde abgelehnt und mit ihr gleichzeitig auch die Anpassung der Mehrwertsteuer-Sätze. Weil ein Teil der MWST-Sätze nur zeitlich begrenzt gültig war, werden die MWST-Sätze erstmals in der Geschichte der Schweiz sinken. Der Normalsatz beträgt ab 1. Januar 2018 7.7 Prozent (bisher 8) und der Sondersatz für die Hotellerie 3.7 Prozent (bisher 3.8). Der reduzierte Steuersatz beispielsweise für Lebensmittel bleibt unverändert bei 2.5 Prozent.

Vorsorgeeinrichtungen haben deshalb insbesondere in der Übergangsphase 2017/2018 darauf zu achten, dass ihnen für Leistungen ab 2018 nur der reduzierte Steuersatz fakturiert wird. Die Anpassung der Steuersätze wirkt sich auch auf den Bezug von Leistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland aus. Diese haben Vorsorgeeinrichtungen dann mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) abzurechnen, wenn für mehr als 10 000 Franken Leistungen bezogen werden. Sie sind ab 1. Januar 2018 nur noch zum

Steuersatz von 7.7 Prozent als Bezugsteuer mit der ESTV abzurechnen.

Vorsorgeeinrichtungen sind keine eng verbundenen Personen

Leistungen, die Stifterfirmen ihrer eigenen Vorsorgeeinrichtung erbringen, unterliegen grundsätzlich der Steuer zum Normalsatz. Die Stifterfirma kann aber auch auf eine Fakturierung dieser Leistungen verzichten und so die zusätzliche MWST-Belastung vermeiden.

Diese Möglichkeit war bei der Beratung der Teilrevision umstritten. Letztendlich hat sich aber durchgesetzt, dass Vorsorgeeinrichtungen gemäss Art. 3 lit. h Ziff. 2 MWSTG nicht als eng verbundene Personen gelten. Entscheidend wird sein, wie die ESTV den Kreis der Vorsorgeeinrichtungen definiert.

Inhaltlich sollte man an das Verständnis von Art. 80 BVG anknüpfen, insbesondere unter Berücksichtigung, dass der Gesetzgeber mit der Revision von Art. 89a Abs. 7 ZGB klargestellt hat, dass auch patronale Wohlfahrtsfonds mit Ermessensleistungen und Finanzierungsstiftungen als «Vorsorgeeinrichtungen» im steuerlichen Sinne gelten.

Leistungen von Einrichtungen der Sozialversicherungen untereinander sind von der Steuer ausgenommen

Sehr zu begrüssen ist die Ausweitung der Steuerausnahme gemäss Art. 21

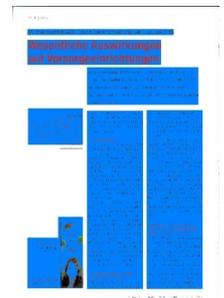
Niklaus Honauer
Partner Tax&Legal,
PwC Schweiz



Daniela Heim-Schenker
Senior Manager Tax&Legal,
PwC Schweiz



Zum einen werden die MWST-Sätze gesenkt und zum anderen wird die Steuer ausnahme auf Leistungen von Einrichtungen der Sozialversicherungen unter-



Datum: 14.12.2017

Abs. 2 Ziff. 18 lit. c MWSTG, die künftig auch Leistungen von Einrichtungen der Sozialversicherungen untereinander von der Steuer ausnimmt.

Damit ist es möglich, die Abläufe zwischen (verbundenen) Vorsorgeeinrichtungen zu optimieren, ohne negative MWST-Konsequenzen zu befürchten. Gestaltungen wie das Splitting von Arbeitsverträgen zur Vermeidung von zusätzlicher MWST sind deshalb nicht mehr nötig.

Zu beachten ist, dass die Steuerausnahme nur zwischen Vorsorgeeinrichtungen greift. Werden Funktionen auf eine separate Gesellschaft übertragen, so unterliegen deren Leistungen an die Vorsorgeeinrichtung weiterhin der Steuer. Allenfalls lässt sich dies mit einer Gruppenbesteuerung – wie nachfolgend ausgeführt – vermeiden.

Beschränkte Gruppenbildung ist möglich

Mit Urteil des Bundesgerichts aus dem Jahr 2013 ist Art. 16 Abs. 3 MWSTV ersatzlos gestrichen worden. Diese Verordnungsbestimmung schloss aus, dass Vorsorgeeinrichtungen Mitglied einer MWST-Gruppe sein können. Mit der Streichung von Art. 16 Abs. 3 MWSTV können Einrichtungen der beruflichen Vorsorge auch Mitglied einer MWST-Gruppe sein. Dieses Urteil hat auch dazu geführt, dass die Haftungsbestimmung von Art. 15 MWSTG geändert worden ist. Vorsorgeeinrichtungen haften – im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern einer Gruppe – nicht mehr solidarisch für sämtliche von der Gruppe geschuldeten Steuern.

Konkret können Vorsorgeeinrichtun-

gen, die andere Gesellschaften – wie zum Beispiel Management-Gesellschaften oder (Immobilien-)Beteiligungen – beherrschen, MWST-Gruppen bilden. Damit kann die MWST-Belastung auf Leistungen zwischen den Gruppengesellschaften und der Vorsorgeeinrichtung vermieden werden. Weiterhin nicht zulässig ist aber die MWST-Gruppe zwischen Vorsorgeeinrichtung und Stifterfirma, weil das Beherrschungsverhältnis nicht gegeben ist.

Analyse des Liegenschaftsportfolios

Vorsorgeeinrichtungen verfügen oft über ein grosses Liegenschaftsportfolio. Soweit es sich um reine Wohnliegenschaften handelt, ist die MWST in erster Linie ein reiner Kostenfaktor. Allerdings unterliegen auch bei reinen Wohnliegenschaften eine Reihe von Erträgen der MWST.

Kritisch zu prüfen ist deshalb, ob diese Erträge – konkret sind dies separat vermietete Parkplätze oder Einstellhallenplätze, Reklameflächen und Entschädigungen für Mobilfunkantennen – die MWST-Pflicht der Vorsorgeeinrichtung auslösen können. Die Grenze von 100 000 Franken, welche die Steuerpflicht auslöst, ist bei einem grösseren Liegenschaftsportfolio schnell erreicht.

In Sachen MWST spannender sind die Geschäftsliegenschaften. Noch schöpfen viele Vorsorgeeinrichtungen das Potenzial zur Optimierung der MWST-Situation nicht aus. Bei Geschäftsmieten besteht die Möglichkeit, die Mieterträge freiwillig der MWST zu unterstellen und die MWST zusätzlich in Rechnung zu stellen.

Für den steuerpflichtigen Mieter ist das kein Nachteil, weil er die auf der Miete belastete MWST als Vorsteuer wieder abziehen kann. Für die Vorsorgeeinrichtung besteht mit der Versteuerung der Miete aber die Möglichkeit, die MWST auf den Anlagekosten als Vorsteuerabzug geltend zu machen und so die Anlagekosten zu reduzieren. Damit steigt die Rendite oder die Vorsorgeeinrichtung kann die Mietobjekte günstiger anbieten, ohne an Rendite einzubüssen.

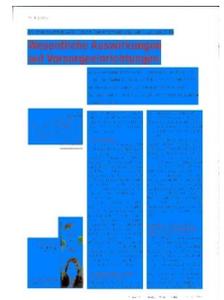
Handlungsbedarf

Die Teilrevision des MWSTG gibt den Anlass, die MWST-Situation der Vorsorgeeinrichtung kritisch zu prüfen: Ist die Struktur noch optimal oder kann mit einer MWST-Gruppe eine Optimierung erreicht werden?

Werden Leistungen an andere Vorsorgeeinrichtungen erbracht, so unterliegen diese Leistungen zukünftig nicht mehr der MWST. Die neue Steuerausnahme hat aber auch Auswirkungen auf den Vorsteuerabzug. Allfällig bisher geltend gemachte Vorsteuern, die mit dieser steuerbaren Leistung an andere Vorsorgeeinrichtungen zusammenhängen, müssen korrigiert werden.

Bei Rechnungen für Leistungen ab 1. Januar 2018 ist zu prüfen, ob der Lieferant die reduzierten Steuersätze anwendet. Allenfalls ist eine Korrektur der Rechnung zu verlangen.

Das Liegenschaftsportfolio ist auf steuerbare (Neben-)Erträge zu prüfen und es ist zu analysieren, ob bei Geschäftsliegenschaften Optimierungspotenzial besteht. |



Datum: 14.12.2017

Révision partielle de la LTVA et baisse du taux de l'impôt au 1^{er} janvier 2018

Des répercussions considérables sur les institutions de prévoyance

Dans le cadre de leurs activités, les institutions de prévoyance prennent seulement note de la taxe sur la valeur ajoutée (TVA) en tant que facteur de coûts. Mais au début de l'année prochaine, des modifications importantes deviendront effectives qui se solderont par un allègement fiscal pour les institutions de prévoyance.

EN BREF

Pour les institutions de prévoyance, il vaut la peine de revoir la taxe sur la valeur ajoutée sous l'angle des nouveaux éléments qui ont été introduits dans la législation.

Les taux de TVA vont baisser et en plus, l'exonération fiscale sera étendue à la fourniture de prestations entre institutions d'aide et de sécurité sociale.

Baisse des taux d'imposition

La réforme Prévoyance vieillesse 2020 a été refusée et l'adaptation des taux de TVA qui devait l'accompagner n'aura donc pas lieu. Parce qu'une partie des taux de TVA n'était valable que pour une durée déterminée, les taux de TVA vont maintenant baisser pour la première fois dans l'histoire de la Suisse. A partir du 1^{er} janvier 2018, le taux normal s'établira à 7.7% (anciennement 8%) et le taux spécial pour le secteur de l'hébergement à 3.7% (anciennement 3.8%). Seul le taux réduit appliqué par exemple aux denrées alimentaires ne changera pas: il

reste à 2.5%.

Les institutions de prévoyance devront donc s'assurer qu'à partir de 2018 c'est bien le taux réduit qui leur est facturé sur les prestations, surtout pendant la phase de transition 2017/2018. L'adaptation des taux de l'impôt aura aussi des répercussions sur l'acquisition de prestations d'entreprises ayant leur siège à l'étranger. Les institutions de prévoyance doivent faire le décompte des prestations acquises avec l'Administration fédérale des contributions (AFC) lorsque celles-ci dépassent 10 000 francs. A partir du 1^{er} janvier 2018, le taux de l'impôt sur les acquisitions à décompter avec l'AFC ne sera plus que de 7.7%.

Les institutions de prévoyance ne sont pas des personnes étroitement liées

Les prestations fournies par les entreprises fondatrices à leur propre institution de prévoyance sont en principe frappées d'impôt au taux normal. Cependant, l'entreprise fondatrice peut renoncer à facturer ces prestations pour éviter la charge supplémentaire de la TVA.

Lors des délibérations sur la révision

partielle, cette possibilité avait suscité des controverses. Mais finalement, l'opinion a prévalu que les institutions de prévoyance ne sont pas des personnes proches au sens de l'art. 3 let. h chif. 2 LTVA. Tout dépend maintenant de la définition que donnera l'AFC du cercle des institutions de prévoyance.

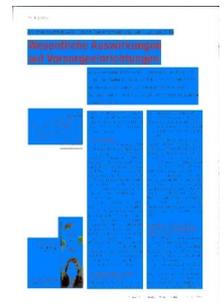
Pour le teneur, l'art. 80 LPP devrait servir de référence, en particulier si l'on tient compte du fait que par la révision de l'art. 89a al. 7 CC, le législateur a bien clarifié que les fonds patronaux de prévoyance à prestations discrétionnaires et les fondations de financement étaient à considérer comme «institutions de prévoyance» dans l'optique fiscale.

Les transactions entre assurances sociales sont exonérées d'impôt

On ne peut que saluer l'extension des prestations exclues du champ de l'impôt selon art. 21 al. 2 chif. 18 let. c LTVA aux transactions entre institutions d'aide et de sécurité sociale.

Il devient ainsi possible d'optimiser les déroulements entre institutions de prévoyance (liées) sans devoir craindre de conséquences négatives en termes de TVA. Il ne sera par exemple plus nécessaire de splitter des contrats de travail pour éviter de payer plus de TVA.

A noter toutefois que l'exonération fiscale ne fonctionne qu'entre institutions de prévoyance. En cas de délégation de fonctions à une société à part, les prestations fournies à l'institution de pré-



Datum: 14.12.2017

voyance seront toujours soumises à l'impôt. Pour éviter cela, on peut éventuellement choisir la voie de l'imposition de groupe, comme expliqué ci-après.

Possibilité d'adhérer à un groupe

En 2013, le Tribunal fédéral avait arrêté l'abolition pure et simple de l'art. 16 al. 3 OTVA. Cette disposition d'ordonnance excluait la possibilité que des institutions de prévoyance puissent être membres d'un groupe TVA. Depuis l'abolition de l'art. 16 al. 3 OTVA, il est possible pour des institutions de prévoyance professionnelle d'adhérer à un groupe TVA. Cet arrêt a aussi induit une modification de l'art. 15 LTVA régissant la responsabilité. Les institutions de prévoyance ne répondent plus solidairement des dettes fiscales de tout le groupe, contrairement aux autres assujettis du groupe.

Concrètement, cela signifie que des institutions de prévoyance qui dominent d'autres sociétés – par exemple des sociétés de gestion ou des participations (immobilières) – peuvent former des groupes TVA et éviter ainsi que les prestations entre sociétés du groupe et l'institution de prévoyance ne soient grevées de la TVA. Ce qui n'est toujours pas admissible, c'est que l'institution de prévoyance et l'entreprise fondatrice forment un groupe, car il n'y a pas de rapport de domination.

Analyse du portefeuille immobilier

Les institutions de prévoyance dé-

tiennent souvent un portefeuille immobilier important. Lorsque le portefeuille est uniquement composé d'immeubles d'habitation, la TVA constitue avant tout un simple facteur de coûts. Mais même de purs immeubles d'habitation peuvent générer toute une série de recettes assujetties à la TVA.

Il faudra donc examiner d'un œil critique si ces recettes – en l'occurrence des places de stationnement en plein air ou couvertes, des surfaces de publicité ou des indemnités pour des antennes de téléphonie mobile – peuvent assujettir l'institution de prévoyance à l'obligation de s'acquitter de la TVA. Avec un portefeuille immobilier important, on arrive vite à la limite de 100 000 francs qui déclenche l'assujettissement fiscal.

C'est dans le contexte des immeubles commerciaux que la TVA devient plus intéressante. Beaucoup d'institutions de prévoyance n'épuisent pas encore le potentiel d'optimisation de la TVA. Il est possible d'assujettir volontairement le loyer de locaux commerciaux à la TVA et de facturer la TVA en sus.

Pour le locataire imposable, cela ne présente aucun inconvénient parce qu'il peut de nouveau déduire la TVA dont est grevé le loyer à titre d'impôt préalable. Mais pour l'institution de prévoyance, l'imposition des loyers ouvre la possibilité de déduire la TVA à titre d'impôt préalable sur les coûts d'investissement et de réduire ainsi ces coûts. De ce fait, ou bien le rendement augmente, ou bien l'institution de prévoyance peut proposer

les objets loués à des conditions plus avantageuses sans perte de rendement.

Ce qu'il faut faire

La révision partielle de la LTVA offre le prétexte de se poser certaines questions critiques sur la situation en matière de TVA:

- Est-ce que la structure est encore optimale ou pourrait-on l'optimiser en formant un groupe TVA?
- Est-ce que des prestations sont fournies à d'autres institutions de prévoyance? Si c'est le cas, elles seront désormais exonérées de la TVA. Mais la nouvelle exonération d'impôts aura aussi des répercussions sur la déduction de l'impôt préalable. Les déductions auxquelles on procédait éventuellement jusqu'ici au titre d'impôts préalables sur une prestation lorsqu'elle était encore imposable devront être corrigées.
- Sur les factures établies à partir du 1^{er} janvier 2018, il faudra vérifier si le fournisseur applique les taux d'imposition réduits et réclamer une correction de la facture si tel n'est pas le cas.
- Il faudra vérifier si le portefeuille immobilier génère des recettes (complémentaires) imposables, tout comme il faudra voir si un potentiel d'optimisation existe pour les immeubles commerciaux. ■

Niklaus Honauer

Daniela Heim-Schenker